

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise: Einzelnummer 26 Pf. Durch Kurträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.
Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.

Bezugspreise: Die 8spaltige Mittelzeile über deren Raum 0.80 Mk., anwärts 0.90 Mk.
Wochen- und Monatspreise: Familienangehörigen, Vereinen und Organisations-Komitees 0.40 Mk.
Reklame: Die Mittelzeile, beigespaltig über deren Raum, im Text 2.- Mk.

Die Einheitsfront des Proletariats!

Die Leipziger Buchdrucker für den Offenen Brief.

In ihrer stark besuchten Mitgliederversammlung des Bundes Leipziger Buchdrucker am 19. d. M. im Leipziger Volkshaus...

Die am 19. Januar 1921 im Volkshaus tagende Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit der vorgezeichneten Grundlage des „Offenen Briefes“ der K.P.D. für eine proletarische Gesamtkampfbewegung einverstanden.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, ihren Beschluß an den Verbandsvorstand weiterzuleiten, damit dieser sich sofort mit dem A.D.B. in Verbindung setzt, um die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft für die im „Offenen Brief“ geforderte Einheitsaktion aufzurufen.

Für die Entschliessung stimmten Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten. Das Ergebnis der Abstimmung ist eine klärende Ohrfeige für die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Freiheit“.

Die Schweriner Ortsgruppe des Eisenbahnerverbandes.

Die Generalversammlung der Schweriner Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm eine Entschliessung an, in der der Hauptvorstand aufgefordert wird, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund darauf hinzuwirken, daß dieser auf der Grundlage der Forderungen des Offenen Briefes der K.P.D. den Kampf um die Verbesserung der...

Das bulgarische Proletariat für Sowjetrußland.

(Moska Wien.) Sofia, 20. Januar. Vor einiger Zeit hat die Kommunistische Partei Bulgariens in ganz Bulgarien große Volksversammlungen gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie und für Brüderlichkeit mit Sowjetrußland veranstaltet.

Im Parlament (Sobranje) wurde die Interpellation der Kommunistischen Fraktion auf die Tagesordnung gestellt. Die Interpellation bezieht sich auf die Note der Sowjetregierung, die friedliche politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland wünscht. Das Parlament beschäftigte sich fast den ganzen Tag mit der kommunistischen Interpellation. Alle bürgerlichen Redner sprachen sich gegen die Beziehungen mit Sowjetrußland aus.

Einigungsparteitag der Kommunisten Oesterreichs.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“) Wien früh trat in Wien der Einigungsparteitag der K.P.D. und der Sozialistischen Arbeiter-Partei (Linke) und der tschechischen Zentralisten zusammen. Anwesend waren 198 K.P.D. als Vertreter von 16500 Mitgliedern, 50 Delegierte der Linken, die 4000 Mitglieder vertraten und sieben tschechische Delegierte. Nach Erledigung der Formalitäten erhielt, stürmisch begrüßt, der Genosse Stöcker das Wort, der die Größe der K.P.D. überbrachte und nach einem kurzen Ueberblick über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland das Plustonäre in der Parole des Anschlusses an Deutschland aufdeckte. Dann referierte Genosse Tomann, Vorstand der Partei, über die nächsten Aufgaben der Partei, ihm folgte nach längerer Debatte die Annahme der vom Vorstand vorgelegten Resolution zur Frage des Anschlusses West-Ungarns an Oesterreich und zur Frage des Anschlusses an Deutschland.

Lebenslage der gesamten Arbeiterschaft zunimmt und zu diesem Zweck mit dem Zentralkomitee der K.P.D. in Verbindung tritt.

Die Stellung der württembergischen Arbeiterschaft.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Trozdem die Partei- und Gewerkschaftsinstanzen die Forderungen des Offenen Briefes der K.P.D. ignorieren, erklärten sich in vielen Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen die Arbeiter mit der Aktion der K.P.D. einverstanden. Arbeiter aller Parteirichtungen erklärten die Forderungen des Offenen Briefes an.

Die Eßlinger Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes stimmten den Forderungen zu. In Badnang erhob das Gewerkschaftskomitee die Forderungen des Offenen Briefes zu den seinen. Das Rottweiler Gewerkschaftskomitee erklärte sich solidarisch mit der Aktion. Ebenso eine Betriebsräteversammlung in Schwemlingen.

Die Stuttgarter Arbeiterschaft hat in 4 großen, stark besuchten öffentlichen Versammlungen einmütig ihren Willen zum Ausdruck gebracht, daß der Gewerkschaftsbund und die sozialistischen Parteien im Sinne des Offenen Briefes eine Aktion einleiten müsse.

Gasbetriebsgesellschaft Berlin-Mariendorf.

Die am 20. Januar tagende Sektionsversammlung der Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft fordert in einer einstimmig angenommenen Entschliessung von der Leitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes die Einleitung der erforderlichen Schritte zur Verwirklichung der Forderungen des Offenen Briefes der K.P.D.

Austritt der deutschen linken Abgeordneten aus dem Klub d. deutschen Sozialdemokraten i. d. Tschechoslowakei.

(Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Prag, 22. Januar. In Ausführung eines Beschlusses des Aktionsausschusses der Linken, der in Reichenberg gefaßt wurde, haben die Abgeordneten Genossen Kreibitz, Warmbrunn und Dr. Fahn dem Vorstand des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und der Kammer der Abgeordneten ihren Austritt aus dem Klub angemeldet. Zugleich haben dieselben beim Vorstand des Klubs der tschechischen Linken um Aufnahme angefragt.

Frankreich provoziert Sowjetrußland.

Moskau, 20. Januar. „Moska Wien.“ Die französische Regierung scheint offenbar kein Mittel, um Rußland auf jede Weise zu schaden. Die russische Regierung richtete eine entriestete Note an das Auswärtige Amt in Paris, in der sie auf die feindseligen Akte hinweist, die seitens französischer Kriegsschiffe auf dem Schwarzen Meer gegen Rußland begangen werden. Die Note drückt trotzdem die Hoffnung aus, daß die französische Regierung Erklärungen über ihr Verhalten abgeben wird, dessen Konsequenzen von Rußland gezogen werden müssen. Die französischen Kriegsschiffe kreuzen unentwegt an der Küste des Schwarzen Meeres und bilden eine stete Drohung nicht nur für Rußland, sondern auch für Georgien, das eine französische Invasion zu befürchten hat, unter dem Vorwand, Georgien gegen einen angeblichen Angriff der Sowjettruppen zu schützen. Rußland hegt nicht die mindeste kriegerische Absicht gegen Georgien gegenüber. Es ist also klar, daß die französische Flotte nur Vorwände sucht, um ihre Angriffe gegen die russische Flotte oder auf russisches Gebiet wiederholen zu können.

Die oberschlesische Frage.

Von Max Gruschwitz.

Wenn ich in nachstehenden Zeilen zu der oberschlesischen Frage Stellung nehme, so glaube ich, daß es höchste Zeit ist, einmal die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zu beleuchten, die ganz anders aussehen, wie sie von der feilen bürgerlichen und der gehorhamen sozialpatriotischen Presse („Volkswacht“ usw.) geschildert werden.

Diese Presse trägt tagtäglich eine Stegedauersicht zur Schau, die tatsächlich durch nichts begründet ist. Gelezt den Fall, die Abstammung findet einen ungehörten Verlauf (was bei der bodenlosen Verhegung durch den nationalistischen Böbel sehr unwahrscheinlich ist), so ist doch noch lange nicht bestimmt anzunehmen, daß die Bevölkerung Oberschlesiens in ihrer überwiegenden Mehrzahl für Deutschland stimmen wird. Im Gegenteil — gerade im Industriebezirk sind die Aussichten für einen Erfolg der Deutschen die denkbar ungünstigsten.

Um es nur gerade herauszusagen: der größte Teil der Industriearbeiter im Industriebezirk ist, soweit er nicht kommunistisch gesinnt ist, unbedingt als auf Seiten Polens stehend zu betrachten. Dazu kommt, daß in den ländlichen Kreisen von Rybnik, Pleß, Lublinitz usw. deutsche Stimmen wohl überhaupt nicht abgegeben werden, da dort das Polentum unbedingt dominiert und jeder, der es wagen würde, gegen Polen zu stimmen, totgeschlagen würde.

Warum aber ist die Stimmung in den Kreisen der industriellen Arbeiterschaft Oberschlesiens überhaupt nationalistisch und als solche in so gewaltiger Mehrheit polnisch?

Nationalistisch ist die oberschlesische Bevölkerung aus Dummheit. Denn nur ein dummer Arbeiter kann nationalistisch sein. Wenn er die Wahl hat zwischen einem vom Polizeiknüppel beherrschten Deutschland und einem von einer verkommenen Schicht ausgebeuteten und gepeinigten Polen, so muß ein Klassenbewußter Arbeiter sich klar sein, daß er bei beiden nichts verliert und nichts gewinnt. Er wird — entsprechend der Parole der K. P. D. — weder für Deutschland noch für Polen stimmen. Der Nationalismus in Oberschlesien aber kann niemanden wundern bei einer Arbeiterschaft, die vor dem Kriege künstlich und unter Anwendung von Gewalt von jeder Organisation ferngehalten wurde, die ferner ständig unter dem Einfluß des oberschlesischen Pfaffenstums stand. Vereint haben hier der königlich preussische Polizeistaat, die Schloßbarone und die Pfaffen gearbeitet bei der Unterdrückung jeder freieren Regung, die einen durch Ankündigung schrecklicher Höllenstrafen, die anderen durch mehr irdische Mittel: Entlassungen, Verhaftungen usw. Das einzige, was dieses Triumvirat: Staat, Kapital und Kirche, den oberschlesischen Arbeitern gestattet, war der Alkohol, und der tat ein übriges dazu, das unglückliche oberschlesische Proletariat vollends zu entnerven und widerstandslos zu machen. Es ist ja bezeichnend, daß überall in den Ländern, wo die Geistlichkeit dominiert, der Schnapskonsum am stärksten ist!

Zwar hat der Krieg in dieser Beziehung stark Wandel geschaffen; der oberschlesische Soldat, im Felde mit weit aufgklärteren Kameraden aus anderen Landesteilen zusammengezwungen, erkannte doch, daß an dem ganzen Hottaschpotus, den man ihm vormachte, nicht viel daran sein mochte, ja, er wurde sogar mit zuerst revolutionär — aber revolutionär, ohne vom Sozialismus eine Ahnung zu haben. Es ging ihm wie dem Bayern, der überhaupt in einer ähnlichen Lage sich befindet. Er empörte sich gegen den Krieg, gegen die Ungerechtigkeit, die er ständig sah — aber das war die blinde Wut des Betrogenen, der am liebsten alles zerflägt, ohne sich darüber klar zu sein, was dann werden soll. Daher auch das rasche Ausflammen der revolutionären Stimmung in Oberschlesien nach der Novemberrevolution. Man tobte sich aus, man verprügelte die Stubenleiter und Direktoren — gleich einer wild gewordenen Herde, die durch die Hürden bricht, ohne zu wissen, wohin. Der oberschlesische „Bald- und Wiesenpartalismus“ hatte mit Sozialismus und Kommunismus nichts, aber auch gar nichts zu tun! Damals erklärte mir ein aus anderer Gegend stammender Führer unserer Partei nach einer Versammlung, in der er unter stürmischem Jubel gesprochen hatte: „Mit 10 000 oberschlesischen Arbeitern erobere ich ganz Schlesien!“, worauf ich ihm entgegnete: „Um nach spätestens 14 Tagen von Deinen eigenen Leuten totgeschlagen zu werden, wenn Du ihnen nicht gleich den Himmel auf Erden bereiten kannst!“

Ich habe recht behalten. Von der gewaltigen oberschlesischen Bewegung, die gleich nach der Revolution Ober-

schleien durchzuckte, ist wenig übrig geblieben. Allerdings sind diese Wenigen auch außerordentlich brauchbare, aufopferungsfähige Leute — der große Haufen der Mittläufer aber ist zum großen Teil ins polnische Lager übergegangen. Warum aber ist der obereschlesische Arbeiter polnisch gefinnt? Die deutschen Nationalisten schreiben: „Weil Korfanty eine schamlose Propaganda macht!“ Gewiss, der politische Gauner Korfanty ist ein Musterknabe polnischer Demagogie. Er verspricht seinen Zuhörern das Blaue vom Himmel herunter. Aber die eigentlichen Gründe für die Erfolge der polnischen Agitation liegen tiefer. Einmal ist daran die Niederlage schuld, zweitens der Einfluss der katholischen Geistlichkeit. Es hieße Bäume in den Wald tragen, wollte man Beispiele für die Agitation für Polen durch das obereschlesische Pfaffenamt aufzählen. In der Marienkirche in Katowitz wurde im Vorjahre offen gepredigt und dafür gebetet, „daß wir bald mit unserer Mutter Polen vereint sein mögen!“ Warum die obereschlesische Geistlichkeit für Polen und gegen Deutschland ist? Auch das weiß selbst ein politisches Kind! So erbärmlich auch die deutsche Republik in bezug auf Fortschritt ist, ganz so unverschämmt austoben kann sich der Klerus nicht, wie im Lande der „heiligen Mutter Gottes von Czestochau“. Der Klerus gewänne an Einfluss in Oberschlesien wie nie zuvor, in Deutschland aber will man nicht ganz so wie die Geistlichkeit.

Aber — wenn auch der Einfluss der Pfaffen niemals unterschätzt werden darf — er allein brächte es doch nicht fertig, diesen Polenjanatismus hervorzurufen, wie er in Oberschlesien herrscht. Die eigene Schuld daran trägt das Deutschtum selbst. Ich sagte schon vorhin, daß der Oberschlesier revolutionär geworden ist, ohne Sozialist oder Kommunist zu sein. Er rebellierte gegen die schamlose Ausbeutung, die Unterdrückung, die Verhöhnung seines Volkstums durch die preussische Aklie, die Oberschlesien „regierte“ und die ihm gleichbedeutend wurde mit den „Nemec“, den Deutschen! Sein revolutionärer Haß entlud sich, lange aufgespeichert, gleich einer Sturmflut gegen die „Großen“, und da diese Großen eben alles Deutsche waren, verallgemeinerte er in wildem Grimm. Wie eine Flamme des Hasses brandet es einem entgegen, wenn man, wie ich, die Boguskihäuser Arbeiter singen hörte:

„Warszaw i Krakow dlja u nas Polakow
Niemiecki szwinie itti do Berlinie!“
„Warschau und Krakau gehören zu Polen,
Deutsche Schweine geht nach Berlin!“

Wie aber ist den obereschlesischen Arbeitern mitgespielt worden! Die dummschreie preussische Junkerbande, die es ja nicht einmal fertigbrachte, die stammverwandten Esjäger, die kaum 190 Jahre unter feindsüchtiger Herrschaft standen, wieder für Deutschland zu gewinnen, dieselbe eingebildete, freche Sippe brachte es natürlich nicht fertig, ein stammverwandtes Volk zu gewinnen. Brutalität, Arroganz und Dünkel, vom eigenen Volk geduldet hingegenommen, schichteten dieses ungeheuren Haß in Oberschlesien auf. Ich hatte, als ich zu Weihnachten bei den Verwandten meiner Frau in Oberschlesien weilte, eine Unterhaltung mit einem Polenführer aus Bismarckhütte und das, was mir der Mann sagte, muß ich wörtlich unterzeichnen. Er führte aus: „Was wollen denn eigentlich auf einmal diese preussischen Hunde von uns? Früher waren wir nur obereschlesische Hanaken, Bamuffel, Pollakten, polnische Edelsäue und wie man uns nannte. Wo ein Oberschlesier in Deutschland nur hinlief, wurde er wegen seiner Sprache verlacht, verächtlich gemacht. Ramen wir zum Militär, so wurden wir nicht nur von jedem grünen Bengel vor Leutnant geschunden, nein, selbst die preussischen Unteroffiziere, die selbst mindestens eben so dumm und geistig beschränkt waren wie viele von uns (dank der preussischen Schule), setzten ihren Schneid darein, uns bis aufs Blut zu peinigen. Im Felde aber, da wurden die armen Pierranies immer in die vorderste Linie geschickt, immer mußten wir bluten, während man in der Heimat unsere Frauen und Brüder durch die Gleiwitzer Ulanen zusammenschießen ließ, als sie gegen den Hunger rebellierten. Und jetzt auf einmal kommen die „Heimkehrer“, kommt die deutsche Propaganda und schreibt in ihren Fejen, die keiner von uns liest, „Lieber Bruder, liebe Schwester“. Schämt sich diese Bande nicht der Heuscheln? Nicht uns wollen sie, sie hatten ja 800 Jahre Zeit, um uns zu gewinnen — wo man uns hatte, waren wir Hanaken — nein, unsere Kohlen sind es, die diese Schweinshäuten anlocken!“

So ist die Stimmung weiterer Kreise, und welcher Arbeiter muß hierin diesem Manne nicht recht geben? Und zu alledem kommt nun noch die Aera Hörsing. Derjenigen Oberschlesier, die wirklich glaubten, nun sind die Deutschen andere geworden — die wurden durch die Gewaltmethoden dieses „Sozialisten“ reich kurtiert! Man höre nur einmal obereschlesische Arbeiter über die Schandtaten jener Ratenecktrüge reden — jener Bande, die ja auch in Breslau tierisch gehaßt hat.

Und dazu kommt das Gebahren der deutschen Republik (wer lacht bei diesem Namen nicht) im eigenen Lande. Die Schreckensreden eines Kosske, die entsetzlichen Mordtaten an Diebstahle, Rosa Luxemburg, den 31 Matrosen und von Reichardt — all das bringt die polnische Presse, und der Freispruch von Reichardt hat so viel Aufsehen in Oberschlesien erregt, daß wir eine deutschgefinnte Demoskratie: „Dieser Freispruch hat uns noch den Haß der Arbeiterkammer gewonnen!“

Was wird werden?
Schweres Blutzergießen kommt in Oberschlesien, dessen wir ich schon heute gewiß. Hat die deutsche Regierung nicht höchste Verantwortung auf sich geladen, als sie den englischen Vorschlag, die ausstehenden Abstimmungsberedungen lieber außerhalb Oberschlesiens abstimmen zu lassen, zurückwies? Wer wird die Abstimmungsberedungen, die nach dem Driten der Kreise Kysmil, Bick, nach den kleineren Industriestädten reisen, schützen? Die Franzosen?

Und damit zieht eine drohende Wolke über uns zusammen. Schon schreibt die feile bürgerliche und die sozial-

demokratische Presse Tag für Tag Vehrartikel und wie in Deutschland sind die Chauvinisten in Polen am Werke. Schamlose Hetze von beiden Seiten, Provokationen von beiden Seiten in Oberschlesien und anderswo.

Was soll das heißen?
Die Va banque-Spieler auf beiden Seiten mischen ihre Karten. Kommunisten, Arbeiter, habt acht auf den Geist von 1914. Räumt auf mit dem nationalen Abstimmungsrummel in deutschen und polnischen Proletariat. Reißt die nationalen Mauer nieder und reißt auch die Hände zum gemeinsamen Kampf gegen die Klasse beider Nationen, die euch jetzt gegeneinander hetzt und gebraucht als Stimmvieh und Kanonensfutter in ihrem Ringkampf um die obereschlesischen Kohlen, die aber, ganz gleich welche Nation siegt, keinen Unterschied mehr zwischen polnischen und deutschen Arbeitern

Wähler, denkt daran!

- Denkt daran,** daß Millionen Menschen dem verbrecherischen, furchtbaren Massenmorden zum Opfer gefallen sind.
- Denkt daran,** wieviel Krüppel ein kümmerliches Dasein fristen, sich bettelnd durchs Leben schlagen müssen.
- Denkt daran,** daß noch immer Tausende Schwereverletzte die Lazarette füllen und vielleicht nie lebend herauskommen.
- Denkt daran,** daß Hunderte von Menschen, die im Kriege ihren Bestand verloren, in Irrenhäusern sich befinden.
- Denkt daran,** daß Tausende kräftiger Menschen das Augenlicht und damit die Lebensfreude verloren haben.
- Denkt daran,** daß Mütter und Kinder gehungert haben und noch hungern müssen und ihnen das Nötigste mangelt.
- Denkt daran,** daß Millionen Kinder den Vater entbehren und immer mehr auch geistig verkümmern müssen.
- Denkt daran,** daß Millionen Kinder unterernährt aufwachsen und darum Zeit ihres Lebens krank bleiben.
- Denkt daran,** daß der Krieg uns allen, aber besonders den Kindern, Krankheit, Elend, Not und Tod gebracht hat.
- Denkt daran,** daß aus allen diesen furchtbaren Kriegsfolgen die Kriegstreiber ebenso schuldig sind wie die Kriegsverlängerer.
- Denkt daran,** daß die Nationalisten, die heutigen Gegenrevolutionäre, den Krieg angezettelt und gewollt haben.
- Denkt daran,** daß die Burgfrieden haltenden und Arbeitsgemeinschaften beschließenden Rechtssozialisten den Krieg verlängerten.
- Denkt daran,** daß die heutige Reaktion und Gegenrevolution nur möglich war nach dem Verrat der Rechtssozialisten an der Revolution.
- Denkt daran,** daß ohne Kozke und Heine keine so starke Reaktion und keine so große Gefahr für die Arbeiterschaft möglich war.
- Denkt daran,** daß die revolutionäre Kopf- und Handarbeiterschaft um die notwendigen Erfolge der Revolution betrogen wurde.
- Denkt daran,** daß am Kriegsende und dem Verrat an der Revolution die Rechtssozialisten ebenso schuldig sind wie die Nationalisten.
- Denkt daran,** daß aus den heutigen Zuständen nur die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform etwas bessern kann.
- Denkt daran,** daß die Menschheit aus dem Kriegsende heraus und zum höheren Menschentum geführt werden muß.
- Denkt daran,** und wählt am 20. Februar nicht nationalitätlich, nicht sozialistisch oder unabhängig, sondern

wählt die kommunistische Wahlliste!
Das ist der zurzeit wichtigste und sicherste Schutz gegen Reaktion und Gegenrevolution!

Wähler, denkt daran!

machen, wenn es sich um die brutale Belämpfung wirtschaftlicher und politischer Forderungen des Proletariats handelt. Nicht nationale Fronten gilt es jetzt anzurufen, sondern die internationale Front des Proletariats gegen die deutschen Junker und Schlobarone mit ihrer Orgeß, gegen die polnische Sphäxler mit ihren weißen Händen und gegen die Entente, die alle zusammen Rußland und die letzten Freiheiten des Proletariats der ganzen Welt vernichten wollen.

Politische Uebersicht.

Schutz- und Trugbündnis mit Sowjet-Rußland.

Die Rede Clara Zetkins im Reichstag.
Unsere Genossin Clara Zetkin hielt gestern im Reichstage eine großangelegte, wichtige Rede über das Verhältnis Deutschlands zu Sowjet-Rußland. Sie fordert die enge Solidarität zwischen Sowjet-Rußland und Deutschland, ein Schutz- und Trugbündnis zwischen dem deutschen und russischen Proletariat. Sie hielt erbarmungslose Abrechnung mit der Politik der Unabhängigen und Rechtssozialisten gegenüber Sowjet-Rußland in Vergangenheit und Gegenwart. Sie gab ein anschauliches Bild der wirtschaftlichen und politischen Lage

Sowjet-Rußlands, der gewaltigen Schöpferarbeit des russischen Proletariats, ein Bild, das auf eigener Anschauung beruht. Sie stellte schloßlich gegenüber die tägliche innere und äußere Lage Deutschlands unter der Herrschaft seiner verfaulenden Komrogasse und ihrer Satalien und auf der anderen Seite die beherrschende Rolle Sowjet-Rußlands in der gesamten Weltpolitik.

Gegen die Flensburger Mordbanditen.

Mit der Unterstützung der Unabhängigen, die ihre Unterschrift hergaben, brachte unsere Reichstagsfraktion folgende Interpellation über die Flensburger Mordtaten ein:

In Flensburg ist am 2. Januar 1921 der Arbeiter Paul Hoffmann, weil er sich weigerte, einem Beauftragten des Flensburger Kommandos der Sicherheitspolizei Material über angebliche kommunistische Vorkommnisse auszuhandigen, auf Veranlassung des Kommandeurs der Flensburger Sipo, des Majors B l i s s o w, gegen den Willen der Zivilbehörden in der Nacht verhaftet, gefesselt und in der Kaserne der Sipo nach Darstellung der Warden „bei einem Fluchtversuch“ erschossen worden.

Bei der Beerdigung Hoffmanns, die unter der Teilnahme der gesamten Arbeiterschaft Flensburgs stattfand, wurde auf vor der Kaserne demonstrierende Teilnehmer an der Bestattungsfeierlichkeit nach einwandfreien Befundungen von Augenzeugen plötzlich von einer aus einer Seitenstraße vordringenden Sipoabteilung ohne vorherige Warnung scharf geschossen. 14 Menschenleben nebst zahlreichen Verwundeten fielen diesem Vorgehen zum Opfer.

Ist der Reichsregierung diese Mordtat bekannt?
Billigt die Reichsregierung das ungesetzliche Vorgehen der Leitung der Flensburger Sipo?

Wenn nicht: Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um ähnliche blutige Übergriffe zu verhüten?

Was gedenkt die Reichsregierung im besonderen zu tun, um völlig unberechtigte und gefahrbringende Verhaftungen durch Sipo-Führer, als welche sich die durch die Flensburger Zivilbehörde ausdrücklich abgelehnte Verfolgung Hoffmanns darstellt, zu verhüten? Und welche Vorkehrungen beabsichtigt die Reichsregierung zu treffen, damit Verhafteten, die obenbrein, wie Hoffmann, schwer gefesselt waren, die Sicherheit ihres Lebens und ihrer Gesundheit gewährleistet bleibt?

Welche Maßnahmen hat die Reichsregierung getroffen, um den dem Elend preisgegebenen Hinterbliebenen der Flensburger Todesopfer die zukünftige materielle Existenz zu gewährleisten?

Haltet den Dieb!

Unsere Enthüllungen über den sorgfältig durchdachten Plan der Orgeßmänner, einen provozierten Linksputsch auszuführen, um die politische Macht an sich zu reißen, sind der Regierung nicht weniger peinlich als der Militärreaktion selbst. Es ist nicht angenehm, vor aller Welt allzu offen zeigen zu müssen, wie man dem unheimlichsten Spitzelphantasieprodukt über kommunistische Verschwörungen mit geradezu lächerlicher Energie nachgeht, die konkretesten Enthüllungen über Vorbereitungen zu einem monarchistischen Umsturzversuch aber unbeachtet lassen muß. Darum muß die „rote Armee“ mit allen Mitteln zu einer Sensation aufgebauscht, der Orgeßplan als „Fälschung“ mit ein paar Dementis und der platonischen Versicherung, man werde der Sache nachgehen, abgetan werden. Die Mittel, das möglichst großzügig machen zu können, hat man in dem mit Regierungsgeldern gefütterten W. E. B. und einer fetten und willigen Presse in der Hand. Auch der „Vorkwärts“ und die „Volkswacht“ bringen in sensationeller Aufmachung die Lügenmeldungen über die „rote Armee“ im Ruhrgebiet, um daran anschließend unsere Enthüllungen über den Kampplan der Orgeß als Fälschung abzutun. Die „Volkswacht“ leistet sich noch einen besonderen Zeitartikel über die Schtheit von Enthüllungen der Orgeßkrüftungen. Ungewollt ohrfeigt sie dabei die rechtssozialistische Presse, die auf Grund ihrer Beziehungen die meisten Dokumente aus der Orgeß und Reichswehr veröffentlicht konnte. Aber was tut das, wenn man nur auf die Kommunisten loshauen kann.

Das „theoretische Hindernis“.

Das „theoretische Hindernis“ für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland ist nach Herrn Simons die streng kommunistische Organisation der Wirtschaft im Sowjetreich, die den Kaufleuten der kapitalistisch organisierten Wirtschaften nicht die Möglichkeit und Sicherheit der privaten Beziehungen zu ihm gebe.

Sehr richtig: würde Sowjetrußland den Kapitalisten 100 % Profite garantieren, lehnten sie das Geschäftchen nicht ab.

Dittmann als Kronzeuge der Reaktionäre.

Herr Dittmann wurde im Reichstag ebenfalls von den Reaktionären als wichtigster Schwurzeuge für den Zusammenbruch Sowjet-Rußlands ausgelobt. Herr Simons zitierte ihn und der Deutschnational Dr. Reuhans, der am russischen Arbeiterstaat kein gutes Härchen ließ, beglückwünschte ihn. Er hatte sich die Sache leicht gemacht und Dittmanns Antibolschewistenmanifeste ins Deutschnationale überetzt.

Legiens Nachfolger und die organisierten Arbeiter.

Der einstige Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der einstige württembergische Arbeitsminister unter der Aera Bloß-Heymann-Hahn, der seit seiner Abdonnung als Minister die Geschichte des Deutschen Holzarbeiterverbandes schreiben sollte — diese Sinecure hatte man ihm verschafft, bis er einen anderen Unterschlupf gefunden hatt.

was jetzt geschehen ist — Leipzig ist durch die zurzeit in Berlin tagende Vorstandskonferenz der Gewerkschaften an Stelle des verstorbenen Karl Legien zum Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt worden.

Die Gewerkschaftsmonarchen ernennen einen der ihren auf einen der wichtigsten Posten, den das Proletariat zu vergeben hat — ohne auch nur in irgend welcher Hinsicht Rücksprache mit den Massen des Proletariats zu nehmen. Diese sind dank der Selbstherrlichkeit der Gewerkschaftsbürokratie zur völligen Einflußlosigkeit auf ihre Führung verurteilt. Die Politik des A. D. G. B. wird in ihrem antibolschewistischen Kurs durch die neue Führung in nichts geändert. Höchstens wird dieser Kurs noch strikter eingehalten, weil Leipzig bei weitem nicht der schlaue Fuchs Legien ist.

Die in den Gewerkschaften organisierten Massen haben alles Interesse, nachträglich noch Stellung zu nehmen zu diesem neuesten Genieftreich der allgewaltigen Jünger von Amsterdam.

Ausland.

Große Fortschritte bei den Getreideablieferungen in Sowjetrußland.

Moskau, den 20. Januar. Die Verproviantierung Sowjetrußlands wird immer besser, und es besteht jetzt die Sicherheit, daß Sowjetrußland nicht mehr hungern oder Not leiden wird. Das Gouvernement Saratow hat z. B. allein 8 Millionen Pud Brotgetreide abgeliefert und damit die vorgeschriebene Menge weit überschritten.

Auch das Sanitätswesen in Rußland sozialisiert.

Von der russischen Grenze, 25. Januar. Ein Moskauer Radiobereich meldet von einem vom Rat der Volkskommissare erlassenen Dekret, das jegliche Privatpraxis der Ärzte verbietet und aufhebt. Das ganze Sanitätswesen werde durch das neue Dekret sozialisiert.

Fabrikbesetzung auch in Belgien.

Auch im Proletariat Belgiens, das bisher in seiner Mehrheit noch den Reformisten nachließ, regt sich der revolutionäre Geist. Auch dort nimmt die Arbeitslosigkeit ständig zu, und auch dort treiben die Unternehmer eine frische Produktionsfabotage. Kürzlich wollte in einer großen Metallfabrik in Charleroi die Direktion einen Teil der Arbeiter entlassen. Die Belegschaft setzte sich aber zur Wehr und besetzte den Betrieb. Die erschrockene Direktion begann sofort zu verhandeln, und unter Vermittlung der Gewerkschaft kam es zu einer Verständigung, auf Grund dessen die Entlassenen wieder eingestellt werden.

Horthy-Ungarn hat neue Kriegspläne gegen Sowjet-Rußland.

Wie aus Budapest gemeldet wird, hat Herr Brag, der Minister des Auswärtigen der ungarischen Mörderregierung, Erklärungen über die Außenpolitik Horthys abgegeben. Brag betont, die Hauptaufgabe der ungarischen Außenpolitik bestehe darin, sich mit allen Mitteln gegen die Bedrohung durch Sowjet-Rußland zu sichern. Alle Nachbarstaaten Ungarns müßten einsehen, daß gegen die russische Gefahr ein gemeinsames Handeln erforderlich sei. Sowjet-Rußland verdanke seine Erfolge dem Umstand, daß es ständig Zwietracht unter den anderen Staaten säe. Es sei nicht wahr, daß Horthy-Ungarn seine Nachbarn angreifen wolle. Es wolle vielmehr mit den Mächten der großen wie der kleinen Entente Frieden und Freundschaft halten und nur seine eigene Existenz sichern. — Herr Horthy und seine Spießgesellen versuchen also, sich mit allen Mitteln beim Entente-Kapital anzubiedern. Sie müßten nur zu gern in einem europäischen Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland eine Rolle spielen; in der Hoffnung, daß dabei auch für sie ein Erlösgehalt abfallen könnte. Aber das Weltproletariat ist auf seiner Hut und wird es schon verstehen, zur gegebenen Zeit das Räuberneß in Budapest auszuhacken.

Kapitalistische Wirtschaft

Die Sabotage der Besitzsteuer.

Das mit großem Lärm vor einem Jahr beschlossene sogenannte Reichsnotopfer steht heute immer noch auf dem Papier. Erst ganz geringe Teile davon sind eingehoben worden. Schon das bedeutet für die besitzenden Klassen ein Millionenverlust. Denn da die Veranlagung zum Vermögensstande am 31. Juli 1919 erfolgt, aber gerade das Jahr 1920 den Kapitalisten unermeßliche Gewinne brachte, da inzwischen auch die Selbstwertung rasende Fortschritte gemacht, sind die Summen, die heute bei der Erhebung des Reichsnotopfers nach dem Vermögensstande von Mitte 1919 in die Reichskasse fließen, unendlich viel weniger Wert als sie bei sofortiger Einziehung nach Annahme des Gesetzes gewesen wäre. Dazu kommt, daß inzwischen die Kapitalisten gewaltige Profite aus der Nichtablieferung ihres Notopferanteiles machen könnten.

Zu allem Ueberflus kommt ihnen nun auch noch eine weitere besondere Vergünstigung zugute. Auf Antrag der deutschnationalen Steuerdrückbergers Hefflerich wird Kriegsanleihe bis zum 31. Januar 1921 bei der Entrichtung des Notopfers zum Nennwert in Zahlung genommen. Das bedeutet also, da zur Zeit der Kurs der Kriegsanleihe sich um 75 Proz. bewegt, ein abermaliges Geschenk an die mit Kriegsanleihe zahlenden Steuerpflichtigen von etwa ein Viertel ihrer ganzen Steuersumme. Bei 100 000 Mk. Notopfer zu entrichten hat, spart bei der Zahlung mit Kriegsanleihe rund 25 000 Mk.

Reglich steht es mit den anderen Besitzsteuern. Sie alle werden planmäßig festgesetzt, so daß das Defizit im Reichsbüchel von Monat zu Monat in steigender Progression sich vergrößert! Kein Wunder, daß deshalb der Steuerdruck für die breiten Massen der Bevölkerung immer unerträglicher wird und die Profite der Unternehmer ins riesenhafte anwachsen.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Buchdrucker! Seid auf der Hut!

Nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt man die Gründung einer Druckerlei der Münchener Universität. Es soll dafür die Druckerlei des bayerischen Kriegsministeriums in Aussicht genommen sein. Dabei stellt man sich heuchlerisch auf den Boden, als ob es sich in der Hauptsache darum drehe, Dissertationen und andere wissenschaftliche Werke herauszubringen, die sonst wegen der hohen Kosten heute liegen bleiben, also nicht veröffentlicht werden würden.

Aus der Zeitschrift „Für Deutschlands Buchdrucker“ geht aber mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich in Wirklichkeit dabei um die Schaffung einer Lehrdruckerlei für die Technische Nothilfe, also für den staatlich organisierten Streikbruch handelt. Es heißt dort nach der „Post“, die es übrigens begrüßt, daß in Bayern sich tatsächlich zum ersten Male „der gedrückte Stand der Gelehrten vom Terror der Masse durch eigene Kraft befreit“ unter anderem:

„Die Unternehmung soll durch eine mit Mitteln der Industrie und des Handels zu gründende Gesellschaft betrieben werden. Gedacht ist, daß die Studenten, welche das Druckgewerbe erlernen und ausüben sollen, sich täglich vier Stunden diesem Erwerbszweig widmen. Man rechnet, daß mit der Werkstätte etwa 120 Studenten die Möglichkeit geboten werden kann, das wenigstens zu ihrem Unterhalt und Fortkommen nötige Existenzminimum durch ihre Handarbeit selbst zu verdienen.“

Also, Buchdrucker, man nimmt Euch das Brot, lernt Streikbrecher in großer Zahl an und „befreit die Wissenschaft vom Terror der Masse!“ Was aus Euch wird, darum kümmern sich weder die Professoren, noch die Substantenten des Unternehmens aus Handel und Industrie. Der von den Buchdruckerunternehmern gesammelte Millionenstreikfonds und diese neue „Technische Nothilfe“ ergänzen sich, um Euch anzutun aus dem Tarifgemeinschaftsbüffel, den Ihr von Euren Führern immer wieder suggeriert bekommt.

An alle Gewerkschaftsmitglieder.

Proletariat! Klassengenossen!

Die Lohnkämpfe der letzten Monate und Wochen haben euch gezeigt, daß die alte gewerkschaftliche Taktik nicht mehr ausreicht, daß ihr von der Wucht der Geschwänne zermalmt werdet, wenn ihr nicht endlich einig und geschlossen zusammensteht, einig und geschlossen den Kampf aufnehmt gegen Hunger und Elend, gegen freie Unternehmerwillkür, gegen die Sabotage der Produktion, gegen praffenenden Neichstum, gegen alles, was euch knüttelt und bittelt.

Selbst die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Gewerkschaftsführer haben erkennen müssen, daß mit den alten Methoden nichts mehr auszurichten ist. Vom 15.—18. Dezember tagte in Berlin der Ausschuß des A. D. G. B. Auf dieser Tagung haben sich die Gewerkschaftsführer über: „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“ unterhalten. In dem offiziellen Bericht heißt es darüber:

„Allseitig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiterkommen können, und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bedauerenswerten Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wiederherzustellen.“

Das ist das glatte Eingeständnis der obersten Instanz der deutschen Gewerkschaften, daß der Ruf nach der Einheitsfront der gesamten proletarischen Klasse einer bitteren Notwendigkeit entspringt, die so zwingend ist, daß sie auch die Gewerkschaftsführer notgedrungen anerkennen mußten.

Wenn trotzdem Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Gewerkschaftsführer auf den Ruf nach der Einheitsfront entweder gar nichts oder mit Hohn und Spott antworten, so nicht weil sie ihre Notwendigkeit bestritten, sondern, weil sie Furcht haben vor den möglichen Folgen eines solchen Kampfes. Sie fürchten, wenn der Riese Proletariat einmal erwacht, seiner Kraft bewußt in Bewegung gerate, werde er mit starker Faust so manche Dinge zum alten Eisen werfen, ohne die sich Kleinbürgerliche Opportunisten die Welt nun einmal nicht vorstellen können.

Arbeiter! Angestellte! Klassengenossen! Soll die notwendige Einheitsfront scheitern, weil die Führer ängstlich und feige schon bei dem Gedanken an den Kampf zittern?

Das darf nicht sein! Bei euch liegt es, die Sabotageversuche der unabhängigen, rechtssozialistischen und Gewerkschaftsführer zu brechen, die Hindernisse zu beseitigen, die sich der proletarischen Einheitsfront in den Weg stellen.

Genossen! Ans Werk! Nehmt in Betriebsversammlungen, in Gewerkschaftsversammlungen, in öffentlichen Versammlungen zu dem Offenen Brief der S. P. D. Stellung. Verlangt, daß sich die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in Vollversammlungen mit der Herstellung der proletarischen Einheitsfront beschäftigen.

Diese muß, koste es was es wolle, zur Tat werden! Und sie wird es werden, wenn jeder von Euch seine Pflicht erfüllt.

Proletariat! Nehmt euch ein Beispiel an den Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten der Schmiedeburger Firma, Gebr. Pohl. Ein Genosse hat dort eine Sammlung veranstaltet im Betrage von 296 Mk. für die Opfer der Arbeitslosenemonstration am 27. Dezember auf dem Palaisplatz. Das war sicher für die Schmiedeburger Arbeiter ein schweres finanzielles Opfer, aber es ist ein Beweis der Solidarität. Nehmt euch ein Beispiel und denkt auch an die Internierten und in Deutschland mißhandelten Rotarmisten.

Das Urteil gegen die Freiburger Genossen! Der Mann, der wie lähmend auf den Gemütern unserer gemuteten Arbeiterschaft lastete, ist endlich mit der Verhandlung vor der Schwelbinger Strafkammer geädert. Grund zur Anklage war die Steueraktion vom 2. Juli, die von unseren Genossen geleitet wurde. Die Anklageschrift lautete — Hornig und Genossen. Als Häufelsführer verurteilte man die Genossen J. Seiler, (Partellvorsitzender), J. Krause, (Bevollmächtigter der Metallarbeiter) und M. Scholz, (Stellvertreter) zu zehnjähriger Haft. Außerdem waren Angeklagte die Genossen Kiesner, Koffinle, Hornig, Kramer, Rindler, (Betriebsräte) und Frau Adler. Erstere beschuldigte man der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geleze, des Hausfriedensbruchs und Nötigung, letztere wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung. Aus der Tendenz der Anklageschrift ging klar hervor, daß man die arg verhassten politischen (kommunistischen) Führer beseitigen wollte und man zu ganz schönen, schmutzigen Mitteln griff. J. B. versuchte man die bewundernswürdige Tätigkeit des Kartells zur Zeit des Rappultsches herunterzureißen und auch die „sozialistischen“ „Vergewalt“-Artikel sollten herhalten, die Bolschewisten-Häuptlinge hinter Gefängnismauern zu bringen. Auf Befragen der Verteidigung mußte der Baumeister Rudelius ehrlich zugeben, daß seine Finger die Anklageschrift nicht geschaffen haben, daß aber die Internierten der Freiburger Reaktion und nicht zuletzt der Freiburger Polizeigewaltige jene diktiert hat. (Dank des Rappultsches). Da die gesamte Beweisaufnahme ein Nichts ergab, jerschellten sämtliche Anklagen und mit ihr auch die schöne Programmrede des Staatsanwaltes und aus einem ohnmächtigen, hilflosen Gestammel wurde eine neue Anklage gebräut. Der Staatsanwalt beantragte gegen Scholz wegen Nötigung 4 Monate, gegen Kiesner wegen Körperverletzung 6 Monate und gegen Seiler, Krause, Kramer, Koffinle und Rindler je 1 Monat Gefängnis und bei Hornig und Frau Adler plädiert er auf Freispruch. Die Verteidigung, welche in den Händen der Rechtsanwältin Wandmann Breslau und Cohn Waidenburg lag, war eine äußerst schneidige, so daß der Gerichtshof in 5 Fällen auf Freispruch kommen mußte und zwar bei den Genossen Hornig, Kiesner, Kramer, Koffinle und Fr. Adler. Um den Moloch Klassenjustiz ein Opfer zu bringen, wurden gegen Krause und Scholz in zwei Fällen, das trotz alledem nicht erwiesenen Hausfriedensbruch je 250 Mark Geldstrafe verhängen. Seiler wurde in 1 Falle mit 250 Mark und Rindler mit 150 Mark verurteilt. Klassenjustiz — Klassenurteile. Die Haltung der Angeklagten war eine durchaus bewußte. Sie waren sich ihrer historischen Rolle als Führer klar, daß sie einzustehen haben für die Taten der Masse. Dagegen boten die Drahtzieher der Anklage ein jämmerliches Bild.

Dem Siege der Führer wurde die Krone aufgesetzt durch eine mächtige Ovation bei Empfang derselben am Bahnhof. Weit über tausend von Genossen und Genossinnen waren zur Stelle. Und der Empfang wuchs aus zu einer mächtigen Protestkundgebung gegen das reaktionäre Bürgertum. Im Gewerkschaftshaus gab Genosse Riedel den Bericht über die Verhandlung und über die momentane Lage. Ferner sprachen Krause und Seiler. Nach dem Schlußwort des Genossen Riedel und unter Klängen der Orchestervereinigung, welche während der Versammlung konzertierte, wurde mit einem Hoch auf die kommunistische Internationale und unserer Ortsgruppe geschlossen.

Die Waldenburger Arbeiterschaft für den Offenen Brief. Am Sonntag fanden im Kreise Waldenburg 10 Protest-Versammlungen gegen die weißen Wänder, gegen das Wohnungseld, gegen den Not und Elend erzeugenden Kapitalismus, für die Einheitsfront des Proletariats. Außer zwei Versammlungen konnten die Waldenburger Genossen sich in denselben eines guten Besuches erfreuen. Mit großem Beifall wurden die Referate aufgenommen. Aus der Diskussion war zu ersehen, daß auch bereits ein großer Teil der denkenden Arbeiter des Waldenburger Kreises sich von der Illusionspolitik der S. P. D. befreit haben. Die Diskussionsredner bewegten sich alle im Sinne der Referate und für den Offenen Brief, in dem sie ein Minimal-Programm fähen, durch dessen Verwirklichung das Wenigste zum Leben richtig zu stellen. Nach Schluß der Versammlungen gewannen wir eine Anzahl neuer Abonnenten für die „Schl. Arbeiter-Zeitung“. Mehrere Neuannahmen, sowie Uebertritte von der S. P. D. haben wir noch zu verzeichnen.

Wo Sozialdemokraten lauden! Unablässig ist bisher von der sozialdemokratischen Presse gegen unsere Führer mit der größten Demagogie polemisiert worden. Solche Arbeiter hat man als Spitzel und Handlanger des Kapitals beschimpft sich in der eigenen Partei aber nach unehrlichen Elementen anzusehen, hat man dabei ganz vergessen. Schon zeigt es sich, daß sich auch hier das Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“, bewahrheitet. Das zeigt folgende Meldung:

Berlin, 20. Januar. Der frühere Geschäftsführer des Deutschen Landarbeiterverbandes im Kreise Jauer und nachmalige Gauleiter in Siegnitz, Beschmitt, hat, wie das „Jauer Tageblatt“ meldet, der sozialdemokratischen Partei den Rücken gekehrt und sich als Mitglied der deutschnationalen Volkspartei gemeldet.

Genossen in der Provinz. Sammelt für den Pressfonds. Wirkt für den Pressfonds im Sinne des vor einiger Zeit an die Ortsgruppen gegangenen Rundschreibens. Die Sammelisten müssen bis Ende Januar, ob gezeichnet oder nicht, an die Pressfondsstelle eingesandt werden.

Für den Pressfonds gingen ein: Dabamef 100 Mk., Gruppe Stabelwig 100 Mk., Sammeliste Nr. 125 12.50 Mk., Ortsgruppe Langenbielau 76.15 Mk.

Freie Turnerschaft Petersdorf i. Hggb. Am Sonnabend, den 14. Januar, tagte die Generalversammlung im Gasthaus zum „Deutschen Hause“. Vorsitzender F. Schmidt gab den Jahresbericht. Die Korrespondenz mit Bezirk, Kreis und Arbeiter-Turn- und Sportbund war eine rege. Abends gab der Kassierer F. Kossack den Kassenbericht. So erfreulich die Finanzlage war, ist jedoch nach Anschaffung weiterer Spiel- und Turngeräte die Kasse wieder erschöpft. Die gegenwärtige Zahl der Vereinsmitglieder beträgt 180, darunter 90 Schüler und Schülerinnen. Die Zahl könnte eine weit größere sein, wenn jeder Klassenbewusste Arbeiter den Wert der Leibesübung erkannt hätte. Aus dem Berichte der Turnwarte war zu ersehen, daß die Tätigkeit der Schülerabteilung eine äußerst rege war. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Fritz Schmidt, 1. Vorst., Konrad Fischer, 2. Vorst., Franz Kossack, 1. Kassierer, Otto Stelzer, W. Volkmer und R. Vulin Hilfskassierer, letzterer für Höglinge, D. Kattischenreiter 1. Schriftführer, Franz

Lippelt 2. Schriftführer. Revisoren August Frankhaber und August Selara. Revisor A. Matern. 1. Vereinsturnwart Bernhard Brauer, 2. Bruno Volkmer. Leiter der Schülerabteilung Reinhold Krüger und Paul Kossack. Es wird gewünscht, daß sich zu dem demnächst stattfindenden Elternabend alle Anhänger der Leibesübung einfinden mögen, besonders die Eltern. Die Aufführung wird nur von der Schülerabteilung gebracht. Nach Erledigung mehrerer Sachen und durch Abhängen eines Biebes fand die Versammlung ihren Schluß.

Lokales.

Breslau, den 27. Januar 1921.

Achtung! Bauarbeiter! Genossen!

Die Vorgänge im Bauarbeiter-Verband, der Ausschluß der Kommunisten, die leichtsinnige Verpöbelung der Verbandsleiter machen eine Aussprache der Kommunisten des Bauarbeiter-Verbandes notwendig. Alle kommunistischen Bauarbeiter und alle jene, die mit den brutalen Zertrümmerungsmaßnahmen des Verbandes durch den Hauptvorstand nicht einverstanden sind, laden wir zu einer Fraktionsbesprechung nach dem kleinen Saale des „Deutschen Kaiser“, Friedrich-Wilhelm-Strasse 35, Freitag, den 28. Januar, abends 7 Uhr, ein.

Briefwechsel unter Orgefehlern.

Ein günstiger Wind legte uns folgenden Brief auf den Tisch:
Lieber Veipelt! (Oberl. a. D.)
Geh doch bitte sofort zu Herrn Sanitätsrat Bogesch hier, Hohenzollernstraße 88, und hole die mir durch Urbas dort bereitgestellten 10 Pistolen und 10 Gummikugeln ab.
Urbas gab mir einen Ausweis hierüber, ich habe ihn leider nicht hier. Es wird aber auch ohne dem gehen. Dann kommst Du mir in einem Waffengeschäft 200 Patronen zu den Pistolen holen. (Morgen Berechnung.) Du mußt aber in das Geschäft Deinen Waffenschein mitnehmen.
Besten Dank!
E. M.

Sozialistischer Verlag.

Sitzung des Vorstands und Aufsichtsrats, Sonnabend, den 29. Januar 1921, abends 7 Uhr.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, gez. Kamen.

Distriktsführer!

Alle Distriktsführer sind Freitag 6 Uhr im Parteilokal zu einer wichtigen Besprechung.

Genossen! Geht die Wählerlisten ein!

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert; für Inserate: Liebschwager & Meyer.
Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 6 Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Freitag 7 Uhr:
Carmen.

Jobe-Theater.
Donnerstag, Freitag und Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Schauspiel Hermine Körner
Die große Satharina
und
Sinfonikalkische Kur.

Thalia-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Kora.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. U. R. 2545
Donnerstag, Freitag
7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
Januar-Programms.

Cafe Dessau
früher Central
Dessauer Straße Nr. 2
Ecke Friedr.-Wilh.-Str.
Täglich 5 Uhr Konzert
Telephon R. 2834
Paul Buhl.

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte
Möbel sowie ganze Ein-
richtungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Zentralverband der Schuhmacher
Verwaltung Breslau.
Sonnabend, den 29. Januar in Cosel
(Heinrichsburg)

Großer Maskenball
maskiert und unmaskiert
Prämierung der 3 schönsten
Damenmasken, sowie der 3 originellsten
Herrenmasken.
Anfang 6 Uhr
Eintrittskarten bei dem Kassierer, im Büro und an der Kasse.
Jahreskarten Besuch erwartet
Das Festkomitee.



Ich kaufe
alle
Militär-
Bekleidungsstücke
und
Herrengarderobe
neu und gebraucht
Max Hadamek
Brandenburgerstr. 9, III.

Altmetalle
kauft
Jakisch, Neumarkt 26.

Wundervolle
öppige
Büste
wird erlangt
durch meine altbewährten
Büstenpräparate
zu Mk. 7.— und Mk. 9.—
beid. zusammen Mk. 16.—
Ferner empfehle bei
**Perioden-
störung**
u. Unregelmäßigkeiten
mein altbew. Präpar. Viele
freiwill. Dankschreib. Preis
Mk. 13.— und Mk. 19.—
Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel
Breslau 77A, Z.
Ladewstr. 67, I.



HAARNISSE
Kopflungezieler — Brut — Kopf-Nisse
entfernt garantiert in 2 Stunden restlos
NISSKA D. R. G. M. 708 295 Der Wunderkamm
Verlangen Sie kostenlos Aufklärungsschrift
in Drogen und einschlägigen Ge-
schäften oder vom Allein-Hersteller
FR. B. MÜCKENHAUPT
NURNBERG B. 4.

Sonntag, den 30. Januar 1921
Unterbezirkskonferenz
Unterbezirk Freiburg
(Schweidnitz, Striegau, Jauer, Bollenhain).
Tagesordnung: Stellungnahme zu den Wahlen
Unterbezirk Freiburg.

Ein
Posten
**Herren-
Beinkleider**
Kanz besonders
billig Stück Mk. 90

Stauend billige Inventur-Ausverkaufstage

Blaue
Konfirm.-Anzüge
mit 10%

S. Guttentag

Breslau I, Altbüßerstr. 5, 1. 2. u. 3. Etage - Tel. Ring 780

**Erstes Spezial-Geschäft Schlesiens
in Herren- und Knaben-Bekleidung**
von Sonnabend, d. 29. Januar b. Mittwoch, d. 2. Februar

Um meinen werten Kunden ein ganz besonderes Entgegenkommen zu beweisen, gebe ich während dieser 4 Tage auf sämtliche fertige Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung einen **Rabatt** von

25%

auf die an jedem Stück deutlich vermerkten Preise.

Zum Verkauf kommen:

Anzüge, Ulster, Paletots, Joppen, Lodenmäntel (glatt und in Bozener Form) Gummi-Mäntel, Beinkleider, Knabenanzüge